



HESSISCHER LANDTAG

08. 11. 2019

Kleine Anfrage

Tobias Eckert (SPD) vom 30.09.2019

**Umgehung der Bundesstraße 8 im Bereich von Lindenholzhausen und Niederbrechen
und**

Antwort

Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen

Vorbemerkung Fragesteller:

In Verbindung mit der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) 2030 hat sich der Anteil Hessens an den fest disponierten, also laufenden Projekten und den Projekten im vordringlichen Bedarf deutlich erhöht. Während auf Hessen im BVWP 2003 ein Anteil von 7 % des Projektvolumens entfiel, ist der Anteil Hessens im BVWP 2030 auf 12 % angestiegen. Dies bedeutet eine Steigerung des Projektvolumens von damals 3,6 Mrd. € auf heute 8,2 Mrd. €.

Auch wenn in Hessen im Jahr 2018 mit über 74 Mio. € so viele Planungsmittel wie noch nie bereitgestellt werden konnten, ist festzuhalten, dass der größte Teil der zur Verfügung stehenden Finanz- und Personalressourcen nicht für Neubauplanungen, sondern für Planungsleistungen im Zusammenhang mit dem stark gestiegenen Sanierungs- und Erhaltungsbedarf an der bestehenden Straßeninfrastruktur benötigt wird. Insbesondere sind hierbei Brücken im Zuge von Autobahnen, bei denen nur noch eine geringe Restnutzungsdauer besteht, zu erwähnen.

Das Land musste dementsprechend Prioritäten setzen, konzentriert sich deshalb bei der Bearbeitung von BVWP-Umgehungsstraßenmaßnahmen zunächst auf die planerisch fortgeschrittenen Projekte des vordringlichen Bedarfs mit einer zeitnahen Umsetzungsperspektive und setzt hierfür die Planungsmittel und Personalressourcen ein.

Diese Vorbemerkung des Fragestellers vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Wie ist der aktuelle Sachstand zur geplanten und vor Ort dringend erwarteten Umgehung der Bundesstraße 8 im Bereich von Lindenholzhausen und Niederbrechen?

Die Voruntersuchung zur Ortsumgehung (OU) Lindenholzhausen wurde abgeschlossen und das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) hat der Variante 1 (ICE-nahe Trasse) als Vorzugsvariante zugestimmt.

Mit den Planungen zur OU Brechen wurde noch nicht begonnen. Im Bereich Niederbrechen werden aktuell Planungen zu einer Bahnübergangsbeseitigung durchgeführt. Im weiteren Planungsverlauf wird sich zeigen, ob Abschnitte der OU in das Projekt integriert werden können.

Die Ortsumgehungen von Limburg - Lindenholzhausen und Brechen im Zuge der Bundesstraße 8 gehören aufgrund ihres Planungsstandes nicht zu dem Projektkontingent der BVWP-Maßnahmen, das bis 2021 prioritär bearbeitet werden kann. Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

Frage 2. Wie beurteilt die Landesregierung die Möglichkeit einer kommunalen Planung der B 8 Umgehung für Lindenholzhausen und Brechen?

Die Erfahrung hat gezeigt, dass selbst bei der Beauftragung der Planung an Ingenieurbüros durch externe Partner (im Wege einer kommunalen Planung) erheblicher Abstimmungs- und Betreuungsaufwand bei Hessen Mobil verbleibt. Insoweit würden auch in einem solchen Fall wesentliche Ressourcen bei Hessen Mobil gebunden, so dass auch dies keine zielführende Lösung ist.

Frage 3. Welche Vorplanungen und Untersuchungen hat die Landesregierung in den vergangenen zehn Jahren für die Umgehung der Bundesstraße 8 im Bereich von Lindenholzhausen und Niederbrechen beauftragt und wie ist deren jeweiliger Sachstand?

In der Vergangenheit wurden alle für die Voruntersuchung zur OU Lindenholzhausen notwendigen Planungsleistungen und Untersuchungen vergeben und abgeschlossen. Dazu gehören neben der Straßenplanung, die Umweltverträglichkeitsstudie, eine Verkehrsuntersuchung sowie die Schall- und Schadstoffberechnungen. Zur OU Brechen sind bisher keine Vergaben erfolgt.

Frage 4. Welche Kosten sind für die obengenannten Vorplanungen und Untersuchungen innerhalb der letzten zehn Jahre für die B 8 Umgehung Lindenholzhausen/Brechen aufgewendet worden?

Für die in der Antwort zu Frage 3 aufgeführten Planungsleistungen und Untersuchungen zur OU Lindenholzhausen wurden insgesamt ca. 103.000 € aufgewendet. Für die OU Brechen sind in den letzten zehn Jahren keine finanziellen Aufwendungen angefallen.

Wiesbaden, 4. November 2019

Tarek Al-Wazir